

Kolba informiert 10-2017



1. **Kommentar zum Null-Ergebnis des "Diesel-Gipfels"**
2. **Kommentar zum angedrohten Schnellschuss bei Sammelklagen**
3. **Liste Peter Pilz Niederösterreich**

Kommentar zum Null-Ergebnis des "Diesel-Gipfels"

Am Dienstag 22.8.2017 fand der "österreichische Dieseltgipfel" zwischen deutscher Autoindustrie und Verkehrsminister Leichtfried im "Hinterzimmer" statt. Herausgekommen ist im Grunde nichts anderes, als beim deutschen Diesel-Gipfel. Dort hat Bundeskanzlerin Merkel erkannt: "Das kann doch nicht alles gewesen sein." Ein weiterer Gipfel wird geplant. Was Merkel kann, kann Leichtfried auch: Auch er plant einen weiteren Gipfel im Herbst 2017. Strategie der Industrie: Reden und Reden und Reden - derweilen laufen die Fristen ab, in denen Schadenersatz gegen Diesel-Betrug erfolgreich eingeklagt werden kann.

Meine **Kritik im Einzelnen:**

- Ein Verkehrsminister, der für seine Dieselfahrer etwas erreichen will, müsste mE als Vorbedingung für Gespräche mit VW verlangen, dass der VW-Konzern die **Frist für den Auflauf des Verzichtes auf die Verjährung** großzügig verlängert, dass eine Konsens-Lösung gefunden werden kann. Das Thema wurde offenbar gar nicht angesprochen. Daher verjähren Gewährleistungsansprüche gegen Händler ab 31.12.2017 und Schadenersatzansprüche gegen den VW-Konzern Anfang September 2018.
- Die Autoindustrie verspricht nur **Software-Updates**. Im besten Fall schaltet sich also die Abgasreinigung also auch im normalen Fahrbetrieb ein. Doch mit welchen Folgen? Bei Fahrzeugen bis Euro 5 Norm (ARC-Abgasreinigung durch den Motor) kann es zu vorzeitiger Versottung des Motors kommen - bis zu einem Motorschaden. Bei Fahrzeugen ab Euro 6 Norm müsste in vielen Fällen der AdBlue-Tank (Harnstoff) für die SCR-Abgasreinigung vergrößert werden. Daher sagen auch die Autohändler: Ohne Hardware-Update geht es nicht. Dieses will die Industrie vermeiden, denn diese Umbauten sollen zwischen 1500 und 2500 Euro pro Auto kosten. Vorstandschef Müller (VW) meint daher sinngemäß, er möchte

seine Ingenieure nicht für die Verbesserung alter Autos einsetzen, sondern zur Erforschung neuer Alternativen. Ehrlicher wäre es, wenn er sagen würde: Wir kalkulieren jeden Cent, bei den Ausgaben für die Fahrzeuge und wollen Mehrkosten unbedingt vermeiden. Die "Täter" (Vorwurf des gewerbsmäßigen Betruges und der Kartellbildung - es gilt die Unschuldsvermutung - holen sich die Politik als "Komplizen", um den Unrechtsgewinn behalten zu dürfen.

- Die Autoindustrie werde noch Vorschläge machen, ob und wie sie die Garantie für die "Umrüstungen" übernehmen werde. Das habe Zeit. Klar, weil derweilen Ansprüche verjähren.
- Schließlich schlagen die Autokonzerne den Politikern vor, als Werbeträger für eine riesige Marketingaktion aufzutreten. Wer sein Auto zurückgibt und ein neues kauft, bekommt Rabatte. Die bekommt man zwar jetzt auch, aber in Zukunft heisst das "**Ökoprämie**".
Reiner Etikettenschwindel. Aber dafür hatte sich auch Verkehrsministerin Doris Bures seinerzeit bereits hergegeben, als der Staat an der Ökoprämie sogar mitgezählt hatte.
"Für eine saubere Umwelt" war der Spruch. Herauskam ein glatt Betrug um angeblich gesenkte Abgaswerte.
- Leichtfried kündigt für die VW-Geschädigten eine Gruppenklage an. Ein weiterer Wahlkampfeschmäh der SPÖ (siehe unten).

Der Dieselgipfel war keine Verhandlung, sondern eine Art Befehlsausgabe der deutschen Autoindustrie an die Politik. Der Verkehrsminister vertritt damit nur die Profitinteressen der deutschen Autoindustrie und keinesfalls der Umwelt, der Gesundheit oder der getäuschten Autofahrer, die auf Schäden sitzenbleiben.

Kommentar zum angedrohten Schnellschuss bei Sammelklagen

Im Anschluss an den Diesel-Gipfel haben die Minister Stöger und Leichtfried den Beschluss einer Gruppen-/Sammel-/Massenklage noch vor der Wahl angekündigt. Die WKÖ und die ÖVP haben eine solche Reform seit 10 Jahren verhindert. Seit 2007 liegt in den Schubladen des BMJ ein Entwurf für eine Gruppen- und Musterklage. Die SPÖ fand seit 10 Jahren kein Thema, dass sie für eine Gruppenklage eingetauscht hätte. Erst herannahende Wahlen machen den Faulen fleissig.

Was kann da drohen?

- Ein **Entschließungsantrag im Herbst 2017** im Parlament. Das wäre als Wahlkampf-Gag noch relativ ungefährlich. Einen solchen All-Parteien-Antrag gab es bereits 2005 - Ergebnis bis heute: nichts.
- **Gesetzesvorschlag** an den **Ministerrat** oder als **Initiativantrag im Parlament**
Naheliegender wäre es, den **alten Entwurf aus der Schublade zu holen** und die Spinnweben zu entfernen und diesen - abgespeckt um die Musterklage (die wird von ÖVP und WKÖ besonders abgelehnt, weil die halbwegs wirksam wäre) - einzubringen.

Das wäre **sehr gefährlich**, denn diese Gruppenklage würde **in der Praxis sicher nicht funktionieren**. Daher würden auch die Grünen zustimmen und wenn sich die ÖVP vorwagt, stimmt sie mit, weil sie einen Rückschritt sicher lieber beschließt, als eine Novelle für ein "scharfes Schwert".

Es kann aber auch sein, dass das Sozialministerium einen Vorschlag hat erarbeitet

lassen und damit überraschen will. Das wird dann nur ein Gag, denn dem wird die ÖVP mit dem Argument, dass man eine solche tiefgreifende Reform ausreichend diskutiert haben muss, bevor man abstimmt. Damit hätte sie im Übrigen auch Recht.

Ich werde Anfang September 2017 mein Buch "Davids gegen Goliath - Der VW-Skandal und die Möglichkeit für Sammelklagen" vorlegen und darin nach umfassenden Analysen Vorschläge für eine Gestaltung effizienter Instrumente zur Bewältigung von Massenschäden machen. Nur weil ein Politiker von "Sammelklagen" schwafelt, muss das noch lange nicht der Durchbruch sein.

Ich unterstelle der WKÖ folgende Strategie: Solange es geht, wird die Sammelklage abgelehnt. Wenn der Druck zu groß wird, wird versucht, mit der AK eine Lösung auszuhandeln, die in der Praxis sicher nicht funktioniert. Dieser Strategie geht die SPÖ offenbar gerade auf den Leim.

Liste Peter Pilz Niederösterreich

Ich kandidiere für die *Liste Peter Pilz für den Nationalrat*. Ich stehe auf **Platz 1 der Liste Niederösterreich** und bewerbe mich im **Wahlkreis Thermenregion für ein Regionalmandat**.

Siehe auf Facebook: Liste Peter Pilz Niederösterreich. 28 tolle KandidatInnen, fast die Hälfte Selbstständige, Expertinnen für viele Problembereiche von Kinderarmut über Familienrecht, von Verbraucherschutz bis Wohnrecht und Raumordnung, von Reparaturbewegung bis Energiewende, von Justiz bis Bildung und Gesundheit. Auch der Schauspieler Hubsi Kramar ist mit dabei. Wir stampfen gerade eine Organisation aus dem Boden. Wer uns helfen will:

- www.listepilz.at: Spenden / Aufruf zur Mitarbeit

Dr. Peter Kolba / himko@chello.at / www.himko.at / +43 660 2002437

[Newsletter abbestellen](#)